Erscheint täglich
früh 6½ Uhr.

Redaction und Expedition
Johannesgasse 33.
Sprechstunden der Redaction:
Vormittags 10—12 Uhr.
Nachmittags —6 Uhr.
Für die täglich eingesandten Manuscripte macht sich die Redaction nicht verbindlich

Annahme der für die nächstfolgende Nummer bestimmten Inserate an Wochentagen bis 3 Uhr Nachmittags, an Sonn- und Festtagen früh bis ½9 Uhr.

In den Filialen für Inf.-Annahme:
Otto Klemm, Universitätsstraße 21,
Louis Lösche, Katharinenstraße 18, p.
nur bis ½3 Uhr.

Leipziger Tageblatt und Anzeiger.

Organ für Politik, Localgeschichte, Handels- und Geschäftsverkehr.

Auflage 17,100.
Abonnementspreis vierteljährlich 4½ **Mk.**
incl. Bringerlohn 5 Mk.,
durch die Post bezogen 6 Mk.
Jede einzelne Nummer 25 Pf.
Belegexemplar 10 Pf.
Gebühren für Extrabeilagen
ohne Postbeförderung 39 Mk.
mit Postbeförderung 48 Mk.

Inserate 6gespaltene Petitzeile 20 Pf
Größere Schriften laut unserem Preisverzeichniß.
Tabellarischer Satz nach höherem Tarif.

Reclamen unter dem Redactionsstrich
die Spaltzeile 50 Pf.
Inserate sind stets an die **Expedition** zu senden. — Rabatt wird nicht gegeben.
Zahlung praenumerando oder durch Postnachnahme.

№ 30. **Montag** den 30. Januar 1882. **76. Jahrgang.**

Amtlicher Theil.

Bekanntmachung.

Die im Laufe des Jahres 1867 mit Leichen **Erwachsener,** sowie die im Jahre 1872 mit Leichen von **Kindern** besetzten Gräber auf den hiesigen Friedhöfen kommen im gegenwärtigen Jahre zum Verfall.

Leipzig, am 28. Januar 1882.

Der Rath der Stadt Leipzig.
Dr. Georgi. Hartmann.

Holzauction.

Mittwoch, den **8. Februar c.** sollen im **Burgauer** Forstrevier auf dem Mittelwaldschlage in Abth. 25a in der sogen. **Leutzscher Gottge** in der Nähe des Leutzscher Pfarrholzes

a) **von Vormittags 9 Uhr an:**
12½ Rmtr. Eichen **Nutzscheite**
86 Rmtr. Eichen-, 5 Rmtr. Buchen-, **5 Rmtr. Eschen-,**
4 Rmtr. Rüstern-, 3 Rmtr. Linden-**Brennscheite** und
4 Rmtr. **Eller-Rollen,** sowie

b) **von Vormittags 10 Uhr ab:**
70 starke **Abraumhaufen** und
70 „ **Laughaufen**

unter den im Termine öffentlich ausgehangenen Bedingungen und der üblichen Anzahlung an Ort und Stelle nach dem Meistgebote verkauft werden.

Zusammenkunft: auf dem Mittelwaldschlage in der Leutzscher Gottge.

Leipzig, am 25. Januar 1882.

Des Raths-Forstdeputation.

Der Inhaber des von unserem II. Filial als abhanden gekommen angezeigten Interimsscheins über das Sparcassenbuch Serie II, Nr. 20,373 wird hierdurch aufgefordert, denselben innerhalb drei Monaten und längstens am 30. April d. J. an die unterzeichnete Anstalt zurückzugeben, oder sein Recht daran zu beweisen, widrigenfalls der Sparcassen-Ordnung gemäß dem angemeldeten Verlustträger nach erfolgter Verödung seiner Ansprüche das Buch ausgehändigt werden wird.

Leipzig, den 28. Januar 1882.

Die Verwaltung des Leihhauses und der Sparcasse.

Realschule II. Ordnung.
(Nordstraße 21.)

Die Anmeldung neuer Schüler für Ostern erbitte ich mir Dienstag, den 31. Januar, und **Mittwoch,** den 1. Februar, **Vormittags von 8—12 und Nachmittags von 2—5** Uhr. Ein Schulzeugniß (Michaelisscensur), das Taufzeugniß (der Geburtsschein) und der Impfschein sind vorzulegen.

Die Aufnahmeprüfung findet statt **Mittwoch,** den 22. Februar, früh 8 Uhr. Papier und Feder sind mitzubringen.

Dr. Pfalz.

Nichtamtlicher Theil.

Leipzig, 30. Januar 1882.

In der am 27. Januar unter dem **Vorsitze des Staatsministers** von Boetticher abgehaltenen Plenarsitzung des **Bundesraths** nahm die Versammlung zunächst Kenntniß von dem Beschlusse, mittelst dessen der Reichstag der zu Bern am 3. November 1881 unterzeichneten Reblaus-Convention die verfassungsmäßige Genehmigung ertheilt hat. Sodann beschloß die Versammlung, dem Entwurfe eines Gesetzes über die Erhebung einer Berufsstatistik im Jahre 1882 in der vom Reichstage beschlossenen Fassung zuzustimmen. Die zu diesem Gesetze vom Reichstage gefaßten Resolutionen sowie der vom Reichstage in theilweise veränderter Fassung angenommene Entwurf eines Gesetzes wegen des Beitrags des Reichs zu den Kosten des Zollanschlusses von Hamburg nebst der dazu gefaßten Resolution wurden den zuständigen Ausschüssen zur Vorberathung überwiesen. Mit der am 28. Mai 1881 unterzeichneten Zusatzacte zur Schiffahrtsacte für die Donaumündungen erklärte sich die Versammlung einverstanden. Schließlich wurden der Entwurf einer Verordnung über das gewerbsmäßige Verkaufen und Feilhalten von Petroleum, sowie mehrere Eingaben von Privaten den zuständigen Ausschüssen überwiesen.

Der **Reichstag** ist auch am Sonnabend **formell noch** nicht zum Schlusse gekommen. Die Schuld lag an dem in allzu später Stunde eingebrachten Antrag Richter, betreffend die Einstellung von Ueberschüssen in den Etat anstatt der Erhöhung der Matricularbeiträge, ein Antrag, über den zwar im Reichstag eine Verständigung erzielt worden, über den aber der Bundesrath sich nicht mehr schlüssig zu machen vermochte, obschon auch seine Zustimmung nach den Erklärungen des Schatzsecretairs Scholz über die Stellung der preußischen Regierung kaum zweifelhaft sein kann. Die Budgetcommission hatte den Antrag Richter mit **großer Mehrheit** angenommen; in der Minderheit befanden sich nur drei nationalliberale Stimmen. Es ist nicht zu leugnen, daß vom Standpunct einer sehr vorsichtigen und peinlich gewissenhaften Finanzpolitik die Einstellung von Ueberschüssen eines noch nicht abgeschlossenen Rechnungsjahres mancherlei Bedenken unterliegt. Indessen sind diese Ueberschüsse so gesichert und das Ende des Etatsjahres so nahe, die Vermeidung der Erhöhung der Matricularbeiträge ist ein so naheliegender und natürlicher Wunsch, daß auch bei vorsichtigen Finanzpolitikern die entgegenstehenden Bedenken überwunden werden konnten. Jedenfalls sind wir durch Steuererlasse mit gleichzeitigen Anleihen an weit bedenklichere Vorgänge gewöhnt. Ob die Fortschrittspartei sehr geschickt mit diesem Antrag operirt hat, wollen wir dahin gestellt sein lassen. Thatsächlich kommt er der Regierung und den conservativen Freunden der neuen Steuerpolitik sehr gelegen, wie der Eifer beweist, mit dem er von dieser Seite angenommen wurde. Nachdem im Reichstag eine große Mehrheit für den Antrag und das Einverständniß der preußischen Regierung mit demselben gesichert war, hatte ein Widerspruch keinen praktischen Werth mehr und der Antrag wurde fast einstimmig angenommen.

In der Reichstagssitzung am Sonnabend wurde die dritte Etatsberathung fortgesetzt. Auf die vorhergegangenen Angriffe des Abg. Leuschner gegen die Goldwährung erwiderte der entschiedene Anhänger dieses Münzsystems und hervorragende Sachkenner Abg. Bamberger. Die lebhafte Agitation gegen die Goldwährung erklärte der Redner für künstlich gemacht und von Agrariern und einzelnen Börsenkreisen genährt. Die berufensten Stimmen, u. A. fast sämmtliche Handelskammern, hätten sich noch in letzter Zeit für Aufrechthaltung der Goldwährung ausgesprochen. Die Identificirung der Goldwährung mit dem Freihandel, des Bimetallismus mit dem Schutzzollsystem sei übrigens gänzlich unbegründet. Die von Bimetallisten ausgehenden Behauptungen über die kolossalen Verluste bei Einführung der Goldwährung seien stark übertrieben. Die ganze Bedeutung und das Ansehen Deutschlands im internationalen Verkehr und Handel beruhe auf der Goldwährung. Auch der Hinweis auf die Verminderung der Goldproduction sei bei dem geringen Maß dieser Verminderung nicht stichhaltig. Das Geldsystem Deutschlands auf der Basis einer papiernen Münzcirculation aufbauen zu können, sei ein ebenso unbegreiflicher Gedanke, wie die Hoffnung aussichtslos, das Werthverhältniß zwischen Gold und Silber durch internationales Gesetz zu fixiren. Für Rückkehr zum Bimetallismus trat der Abg. v. Reden ein. Es folgte der Bericht der Budgetcommission über den Antrag Richter; die Commission befürwortet die Annahme. An der Debatte betheiligten sich die Abgeordneten v. Wedell-Malchow, Rickert, Richter, v. Benda, v. Minnigerode und der Schatzsecretair Scholz. Der Antrag wurde alsdann fast einstimmig angenommen und die Schlußsitzung des Reichstags auf Montag festgesetzt.

Bei der Mattherzigkeit, welche sich in manchen politischen Kreisen für Festhalten an den Grundsätzen der Maigesetze zeigt, darf man sich freuen, daß von einem liberalen Abgeordneten eine Flugschrift in diesen Tagen erscheint, welche in kurzen Zügen einen orientirenden Rückblick auf diese kirchenpolitischen Gesetze fallen läßt und deren Inhalt in Erinnerung bringt, um den erneuten Beweis zu liefern, daß in demselben Nichts enthalten ist, was das Gewissen der katholischen Mitbürger irgendwie bedrücken könnte. Ein solcher Mahnruf scheint, angesichts der Kirchenvorlage im Abgeordnetenhause, zu recht gelegener Zeit zu kommen und wird hoffentlich auch dazu beitragen, daß die Staatsgesetzgebung nicht zu einem schmählichen Rückzuge nach „Canossa" herabgewürdigt werde.

Wie wenig das preußische Kirchenregiment der antinationalen Haltung der welfisch-orthodox-lutherischen Geistlichkeit in Hannover entgegentritt, ist längst bekannt und bestätigt sich immer von Neuem, wenn ein Geistlicher von echt deutscher Gesinnung, wie Bertemeyer oder Lühr, von einer Gemeinde berufen werden soll. Sobald Dessen kirchliche Anschauung nicht mit der des Landesconsistoriums oder des Synodal-Ausschusses übereinstimmt, an deren Spitze die Herren Lichtenberg und Brüel stehen, wird er zum geistlichen Amt in jener Provinz nicht zugelassen und das Wahlrecht der Gemeinden einfach nicht geachtet, ähnlich wie bei den geistlichen Wahlen in der Reichshauptstadt. In letzterer liegen freilich die Verhältnisse etwas günstiger, aber in Hannover thäte die Zuführung nicht welfischer geistlicher Elemente jedenfalls dringlicher noth, da nach und nach alle Pfarrämter in die Hände welfischer Geistlichen gelangen, die es sich angelegen sein lassen, im Vereine mit dem hannoverschen Adel in ihren Dorfgemeinden das Welfenthum wieder zu pflegen und vor der „preußischen Religion", der „evangelischen Union" als gefährlich zu warnen. Die letzten politischen Wahlen haben es zur Genüge gezeigt, daß Gemeinden, die früher nationalliberal wählten, jetzt in verstärktem Maße welfische Stimmen abgaben, die allein auf Rechnung jüngerer Geistlichen zu schreiben sein dürften. Mag auch das Eingreifen in unsere kirchlich abgeschlossenen Verhältnisse mit Tact und Vorsicht vorgenommen werden müssen, so hätte man doch die Gelegenheit benutzen sollen, die allein vom königlichen Patronat abhängige Schloßkirche im Interesse der zahlreichen evangelischen Fremden zu einer Pfarre der Union umzugestalten; statt Dessen versucht man daraus eine lutherische Beamtenkirche zu bilden und regt dadurch die in ihrem Einkommen bedrohten Geistlichen mit ihren Kirchenvorstehern so auf, daß dieselben sich an den König, als Landesbischof, beschwerend gewandt haben. Ob mit Erfolg, wird man bald hören. Abgesehen von der Befriedigung der kirchlichen Bedürfnisse der evangelischen Beamten hätte man thatsächlich den Beweis versuchen können, daß ein „evangelischer deutschgesinnter" Geistlicher auf echt protestantischem Boden stehen kann und es zur wahrhaften christlichen Erbauung nicht erforderlich ist, dieselbe mit welfischen und starr lutherischen Dogmen zu verquicken. Hier lag das Recht und die Gelegenheit so günstig wie noch nie, man scheint sie nicht benutzen zu wollen, dagegen eine privilegirte Personalgemeinde in Aussicht zu nehmen, die den Unfrieden in der Stadt noch nähren dürfte. Daß man dabei beharrt, daß die Landesstaede haarsträubende Dinge an das Licht fördert, wahrhaft in Geschmacklosigkeiten schwelgt, wird leider ebenso wenig beachtet als die Sympathien der welfischen Reichstagsabgeordneten mit den Windthorst'schen ultramontanen Bestrebungen, für die sie Mann für Mann eintreten, wenn sie überhaupt für der Mühe werth halten, den Reichstag zu besuchen.

Abweichend von anderweitigen Angaben beziffert die „Elbf. Ztg." die Höhe der im Tabakmonopol-Gesetzentwurf vorgesehenen Entschädigungen auf 500 Mill. ℳ Dabei sollen die Tabakfabrikanten, Händler mit Tabakfabrikaten und die Tabakmakler in erster Linie bedacht sein. Die Arbeiter würden fast sämmtlich vom Reiche übernommen. — Anderweitig wurden bekanntlich 300 Mill. genannt, während das württembergische Mitglied der Tabakenquetecommission die Entschädigungen ohne die Zollanschlüsse auf 687 Millionen berechnete.

Nach der „Weser-Zeitung" dürfte die von Deutschland in den Nordpolar-Regionen zu errichtende Station nicht in Ostgrönland, wie anfänglich beabsichtigt, sondern an der Küste des im arktischen Amerika an der Davisstraße gelegenen Cumberlandgolfes (Hogarth-Sound, Penny-Golfs, Northumberland-Inlet) errichtet werden. Von Ostgrönland dürfte wegen der großen Kosten und weil die Erreichung dieser eisumlagerten Küste nicht in jedem Sommer sicher ist, abgesehen werden. Ende dieses Monats findet auf der Seewarte in Hamburg unter dem Vorsitze des Directors Prof. Neumayer eine Sitzung der für die Angelegenheit ernannten Fachcommission statt, welche sich wohl über definitive Vorschläge einigen wird.

Das Pariser „Siècle" sagt, Léon Say zögere, das Finanzportefeuille zu übernehmen, wegen des wirthschaftlichen Programmes Freycinet's in Betreff großer öffentlicher Arbeiten; aber es herrsche doch die Meinung vor, daß die Schwierigkeiten schnell würden gehoben werden. Mehrere Blätter sagen, Tirard, Handelsminister, Goblet, Minister des Innern, Jaurès, Marineminister, Barrot, Minister für öffentliche Arbeiten, Campenon, Kriegsminister, und Cochéry, Postminister, würden ihre Portefeuilles behalten. Es heißt, die Cabinetsbildung werde ohne Aufenthalt vollendet sein.

Der Sturz Gambetta's lenkt die allgemeine Aufmerksamkeit von unseren erregten inneren Zuständen wieder einmal ab auf unsere auswärtigen Beziehungen. Die Rückwirkung des Ministerwechsels in Frankreich auf die europäische Lage, meint die „Köln. Ztg.", dürfte sich zunächst in England fühlbar machen. Die Engländer sehen wahrscheinlich Gambetta's Sturz nur ungern, denn sie rechneten auf seinen Einfluß, um schließlich einen neuen Handelsvertrag mit Frankreich zum Abschlusse zu bringen. Außerdem aber herrschten zwischen Gambetta und dem Ministerium Gladstone und namentlich Sir Charles Dilke, der mehr als Lord Granville Englands auswärtige Politik leitet, gute Beziehungen. England ließ die Franzosen in Tunis gewähren, und ganz in Egypten Hand in Hand mit ihnen. Was uns Deutsche betrifft, so haben wir keinen Anlaß, dem Ministerium Gambetta eine Thräne nachzuweinen. Der innerste Gedanke Gambetta's war und bleibt, trotz aller gegentheiligen Versicherungen, ohne Zweifel ein Rachekrieg gegen Deutschland zur Wiedereroberung von Elsaß-Lothringen. Daß Gambetta an einem russisch-französischen Bündnisse arbeitete, wurde immer offenkundiger. Für uns war Das nicht unbedenklich, seit in Rußland selber die panslawistische Partei wieder oben aufgekommen war und ihrerseits eben so offen nach einem Bündnisse mit Frankreich drängte. Ein Bündniß Rußlands mit Frankreich aber kann kaum eine andere Bedeutung haben als eine kriegerische. Gegen Oesterreich, unsern Bundesgenossen, schürt das panslawistische Rußland — man kannte es das officiöse nennen — bereits jetzt. Der Aufstand in Dalmatien und in der Herzegowina, zu dessen Dämpfung Oesterreich sich anschickt, droht sich auszubreiten, und von Petersburg, und namentlich von Moskau aus geschieht Alles, um den Geist der Unzufriedenheit unter den slawischen Bevölkerungen auf der Balkanhalbinsel zu nähren und zu schüren. Die Russen blicken mit der größten Eifersucht auf die Ausbreitung des österreichischen Einflusses und sie sind sich wohl bewußt, welche große Vortheile sie vor Oesterreich haben, wenn es gilt, sich um die Gunst der slawischen Bevölkerung zu bewerben. Es hilft dabei Oesterreich-Ungarn nicht, daß es sich neuerdings so zu sagen als slawische Macht aufspielt. Oesterreichs Herrscherhaus ist deutsch und ist römisch-katholisch, und die Kirche gilt bei den halborientalischen Völkerschaften fast noch Mehr als die Abstammung. Wer konnte sich der Erkenntniß verschließen, daß hier der Punct liege, wo Rußland und Oesterreich einmal zusammenstoßen werden? Darum ist es wichtig und auch für uns wünschenswerth, daß in Frankreich eine Regierung ans Ruder komme, die aufrichtig friedlich gesinnt ist und keine Neigung hat für kriegerische Abenteuer. Daß die Mehrzahl der Franzosen den Frieden nicht alsbald wieder aufs Spiel zu setzen geneigt ist, davon kann man überzeugt sein. Es fehlt sogar nicht an Anzeichen dafür, daß bei Gambetta's Sturz eine der im Stillen mitwirkenden Ursachen die gewesen ist, daß die Franzosen der Friedensliebe des ehemaligen Dictators nicht recht mehr trauten.

Die k. k. Regierung hat den Delegationen einen Bericht vorgelegt, in welcher sie die von ihr gestellte Creditforderung auf Nachweise über den südslawischen Aufstand gründet, welche freilich sehr bedeutend schwarzgefärbt zu sein scheinen. Sie hebt u. A. hervor, daß für die Durchführung der Wehrpflicht in Bosnien und der Herzegowina manche Hindernisse vorauszusehen waren; doch war nach dem bisherigen Verhalten der Bevölkerung die Annahme berechtigt, daß eine ausnahmsweise Kraftentfaltung unnöthig wäre. Nach dem Berichte der Landesregierung vom Anfang December 1881 war höchstens in den Bezirken von Nevesinje, Gacko und Bilek ein activer Widerstand gegen die Rekrutirung zu gewärtigen, in allen übrigen Landestheilen nicht, falls keine äußeren Einflüsse und Agitationen hinzu treten und Renitenzversuche im Keime erstickt würden. Auch die Landwehr-Assentirung in Süd-Dalmatien schien Ende October 1881 im Wesentlichen verläufig abgethan, als am 9. November zwei Räuberbanden aus der Herzegowina in Crivoscie einbrachen, worauf Raubanfälle und Gewaltthaten folgten. Die Regierung verfügte demnach entsprechende militairische Maßnahmen. Sie wollte im Laufe des Februar die Occupationstruppen ablösen lassen, doch sollten die abzulösenden Truppen erst nach Abwickelung der Recrutirung zurückkehren, außerdem wurde für den Monat Februar eine temporäre Verlegung von zwei Regimentern nach Dalmatien in Aussicht genommen. Nach der Entwickelung der Dinge sah sich die Regierung genöthigt, die Verstärkungen bereits im Januar abzusenden. Diese Verstärkungsmaßnahmen hätten genügt, wenn es sich nur um locale Agitationen gehandelt hätte. Nachdem sich aber die Rete offener Auflehnung in der Herzegowina und Crivoscie gemehrt haben, bedarf es einer größeren Kraftentfaltung. Demnach wurde beschlossen, sämmtliche Fußtruppen in der Herzegowina und in Dalmatien auf einen angemessenen Stand zu bringen. Die Erhöhung ist nur für kurze Zeit berechnet. Der Motivenbericht erläutert die militairischen Maßnahmen und erklärt, das Ministerium sei sich wohl bewußt, daß das verlangte Opfer nicht unbedeutend sei. Bei der Veranschlagung der Kosten seien nur die für die geplante Action erwachsenden einmaligen Auslagen, sowie die fortlaufenden Auslagen für 3 Monate in Anschlag gebracht worden. Allein nach Niederwerfung des Aufstandes würden wegen der Unterhaltung stärkerer Garnisonen längere Zeit hindurch, sowie zur Schaffung ausreichend befestigter Stützpuncte weitere Mehrausgaben entstehen, deren Höhe sich gegenwärtig nicht bestimmen lasse. Das Ministerium halte es jedoch für seine Pflicht, den gegenwärtig nur vereinzelt auftretenden Aufstand möglichst bald vollständig zu brechen und der Bevölkerung die Ueberzeugung von der Erfolglosigkeit jedes Aufstandes beizubringen.

Bei der österreichischen Delegation wurde am Sonnabend vom Minister des Auswärtigen, Grafen Kalnocky, die Vorlage über das außerordentliche Heereserforderniß von 8 Mill. eingebracht, welches zur Durchführung der militairischen Maßnahmen behufs Unterdrückung der im Süden der Monarchie und im Occupationsgebiete ausgebrochenen Bewegung für nothwendig erachtet wird. Die Vorlage wurde den Ausschüssen überwiesen.

Aus Wien, 28. Januar, kommt folgende officielle Meldung: Das Generalcommando in Serajewo meldet: Am 23. d. fand südlich von Krajselice ein kurzes verlustloses Gefecht einer von Kalinovic entsendeten Compagnie mit 150 Insurgenten statt; letztere gegen in südwestlicher Richtung ab. — Am 24. d. zog sich ein kleiner in Kalinovic stehender Posten vor einer heranziehenden, angeblich 700 Mann starken Insurgenten-Abtheilung gegen Foka zurück. Am 25. d. versuchte eine Abtheilung Insurgenten Ranjeukula zu besetzen, um Gorazda von Serajewo abzuschneiden; es wurden Gegenmaßregeln getroffen. Unter dem 26. d. wird berichtet: 500 Insurgenten versuchten bei Pouce an der Drina mittelst Flößen das rechte Ufer der Drina zu gewinnen, um Foka zu bedrohen. In der Nacht zum 23. ds. beschossen 200 Insurgenten von Kula am Prabacberge aus eine Recognoscirungs-Patrouille. Abends wurde ein von 150 Insurgenten unternommener Versuch, gegen Konjica vorzugehen, zurückgewiesen. Eine bei Lug, östlich von Jablanica, aufkauchende Schaar Bewaffneter zog sich am 24. vor einer Militairpatrouille ohne Kampf gegen Mrica zurück. Am 25. d. Abends erschienen auf den Höhen nordöstlich von Konjica Insurgentenabtheilungen, welche von sechs Zügen des neunten Regiments über den Brabacberg zurückgedrängt und bis Borke verfolgt wurden. Von dort aus wurden bei Glavaticevo, Speta und Kulazza 50 Lagerfeuer gesehen. Am 26. d. kehrten die 1½ Compagnien nach Konjica zurück.

Nachdem die 2. Kammer der Niederlande am 27. Jan. den Handelsvertrag mit Frankreich abgelehnt hatte, glaubte das Ministerium zurücktreten zu sollen. Am 28. Januar gab indeß Herr de Naadt, unter beifälliger Zustimmung des Hauses, dem Wunsche Ausdruck, daß das Cabinet wegen der Ablehnung des Handelsvertrags mit Frankreich seine Entlassung nicht geben möge. Der Minister van Lynden dankte für das dem Ministerium ausgesprochene Vertrauen, erklärte aber gleichzeitig, daß er in Bezug auf die Folgen des Beschlusses der zweiten Kammer über den Handelsvertrag mit Frankreich keinerlei Mittheilungen machen könne.

Das „Journal de St. Petersbourg" schreibt, das erste Ministerium Gambetta sei nunmehr vom Schauplatze abgetreten und die Kammer zu Paris habe vollständig die Folgen davon vorausgesehen; die Schwierigkeit der Lage bestehe nicht darin, ein neues Cabinet zu bilden, sondern das Gambetta wieder an die Spitze einer Opposition treten könne, gegen welche jedes Ministerium sich ohnmächtig erweisen würde. Gambetta habe zwar seinen Ruhm stark geschädigt, aber er könne wieder zur Geltung kommen, wenn er bei seinem gegenwärtigen Mißgeschick Lehren aus seiner Haltung zu ziehen und dieselben zu benutzen verstehen werde. „Aus dem Grunde, bemerkt das „Journal", sagten wir, das erste Ministerium Gambetta sei vom Schauplatz abgetreten. Die letzte Krise zeigt, daß, wenn man auch die weitgehendsten Anforderungen erfüllen will, man sich damit doch weder des Vertrauens der Radicalen, noch der Unterstützung derjenigen Interessen versichert, welche man angeblich durch Zugeständnisse befestigen will. Angesichts dieser Agitationen des doctrinären Parlamentarismus empfindet man ein Gefühl der Ruhe und Erholung, wenn man die jüngste machtvolle Parlamentsrede des Fürsten Bismarck liest".

Der „Neuen Zeit" zufolge findet die für dies Jahr projectirte Ausrüstung mehrerer russischer Festungen nicht statt, sondern ist auf einen für den Ausgabetat des Kriegsressorts günstigeren Zeitpunct verschoben worden.

Eine telegraphische Depesche des amerikanischen Specialgesandten für Chili und Peru, Trescott, an den Staatssecretair des Aeußern, Freilinghuysen, sagt, Chili habe die guten Dienste der Vereinigten Staaten angenommen und dadurch eine Conferenz Trescott's mit irgendwelcher provisorischen Regierung von Peru, sofern nicht Calderon dieselbe repräsentire, erleichtert. Die von Chili geforderten Friedensbedingungen beständen in der unbedingten Abtretung des Districts von Tarapaca an Chili und in der Zahlung einer Kriegsentschädigung von 20 Millionen Dollars, ratenweise binnen 16 Jahren zahlbar, während welcher Zeit Chili Arica besetzt halten werde. Falls die Kriegsentschädigung nicht gezahlt werde, gelte Arica für abgetreten an Chili. Außerdem werde Chili die Guano-Depots von Lobos nehmen. Wenn Peru die chilenischen Bedingungen nicht annimmt, wird Chili ein neues Anerbieten freundschaftlicher Intervention der Vereinigten Staaten ablehnen.

Die Gerichts-Verhandlungen gegen Guiteau haben die Dauer von fast einem Vierteljahr in Anspruch genommen, eine so lange Zeit, wie keiner der großen Staatsprocesse der neueren Geschichte beansprucht hat, — und sind dennoch nicht zu einem abschließenden Urtheil gelangt. Zwar hat der Gerichtshof sein Verdict auf Schuldig des Mordes abgegeben, — aber der Hauptvertheidiger des Angeklagten, Scoville, Guiteau's Schwager, hat mit kluger Berechnung seine Schlußrede über fünf Tage ausgedehnt und crit geendet, als die gesetzmäßige Zeit der Assisen abgelaufen war. Die Richter konnten nur noch ihr Verdict abgeben, jedoch nicht die Sentenz fällen, welche erst in der nächsten Schwurgerichtsperiode, die im April beginnt, gesprochen werden kann. Lautet dieselbe auf Tod durch den Strang, so kann die Hinrichtung nicht vor Ablauf von dreißig Tagen nach Schluß der nächsten Assisen erfolgen; die Execution wird, wenn der Gerechtigkeit keine neuen Hindernisse in den Weg gelegt werden, im Juli stattfinden, also gerade ein Jahr, nachdem das Verbrechen verübt wurde.

Der Urtheilsspruch, welchen die Geschworenen über Guiteau gefällt, ist in allen Theilen der Vereinigten Staaten und von allen Bürgern des Landes, welcher Farbe sie auch seien, mit gleicher Genugthuung begrüßt worden. Das ist sehr begreiflich, wenn man bedenkt, daß jeder vernünftige Mensch in Amerika sich sagen mußte, daß ein freisprechendes Urtheil den letzten Rest von Achtung umstoßen würde, dessen sich die amerikanische Rechtsprechung in der gebildeten Welt noch erfreut. Es macht aber einen höchst widerlichen Eindruck, wenn heute ein Theil der amerikanischen Presse sich in aufgeblasener Weise damit brüstet, daß „in keinem anderen Lande der Welt der Mörder des geliebten Leiters der Geschicke des Volkes mit soviel Unparteilichkeit, Würde, Geduld, Gerechtigkeit und ausschließlicher Rücksicht auf Recht und Gesetzesbestimmungen behandelt sein würde, wie solche den langwierigen Proceß zu Washington kennzeichneten". Ahnt denn diese Presse in ihrem lächerlichen Selbstgefühl nicht, wie die gesammte gebildete Welt das System beurtheilt, welches die Aburtheilung eines feigen Lotterbuben, der den besten Bürger des Landes niederschoß, zu einer widerwärtigen Narrenpossen ausarten lassen konnte? Es scheint wirklich, als sei diesem Volke das Verständniß für Würde in bedenklicher Weise entschwunden.

SLUB
Wir führen Wissen.